

Öffentliche Anhörung

**des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und
Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages
23. Juni 2008**

Thema:

**„Entwicklung der national und international steigenden
Lebensmittelpreise und die Anforderungen insbesondere an die
Landwirtschaftspolitik zur weltweiten Bekämpfung des Hungers“**

Stellungnahme von

**Prof. Dr. P. Michael SCHMITZ
Institut für Agrarpolitik und Marktforschung
Justus-Liebig-Universität Gießen
Direktor des Instituts für Agribusiness, Gießen**

1 Ausmaß und Ursachen der Nahrungsmittelkrise

Die Weltagarmärkte sind in Bewegung geraten. Die Preise wichtiger Agrarrohstoffe sind im letzten Jahr explodiert und liegen auf historisch hohem Niveau. Reispreise sind in nur zwei Monaten um 75 % gestiegen. Der Preis für Weizen hat sich im letzten Jahr mehr als verdoppelt. Und auch Mais hat sich 2007 extrem verteuert. Experten schätzen, dass dies auch langfristig so bleiben wird. Trotz eines derzeit leichten Abschmelzens des hohen Preissockels sieht man auch künftig die Preise im Aufwärtstrend. Die Preisexplosion bei den Agrarrohstoffen hat inzwischen auch die Nahrungsmittelpreise erfasst und vor allem in vielen Entwicklungs- und Transformationsländern Preissteigerungen allein im Jahr 2007 von 20 % bis 25 % verursacht. Für die ärmsten Haushalte mit Anteilen der Nahrungsmittelausgaben am Budget von bis zu 75 % ist das zweifellos eine bedrohliche Entwicklung. Zumindest für diese Betroffenen kann man von einer internationalen Nahrungsmittelkrise sprechen. Der Weltbankpräsident spricht sogar von sieben verlorenen Jahren im Kampf gegen Hunger und Armut. Er ruft zu einem „New Deal on Global Food Policy“ auf. Um die richtigen Maßnahmen ergreifen zu können, sind allerdings zunächst die Ursachen der Preisexplosion zu klären:

- Die steigende Nachfrage nach höherwertigen Nahrungsmitteln am Weltmarkt infolge von Bevölkerungs- und Einkommenswachstum sowie von Urbanisierung in Schwellen-, Erdölexport- und Transformationsländern.

- Eine weltweit zunehmende, massiv staatlich geförderte und durch hohe Energiepreise getriebene Umwidmung von Agrarflächen zur Produktion von Bioenergie anstelle von Nahrungsrrohstoffen und Futtermitteln.
- Der bereits erfolgte und noch zu erwartende schrittweise Abbau der Handelsschranken im Rahmen der Welthandelsgespräche, vor allem die Senkung von Protektion und Agrarüberschüssen in Hochpreisländern.
- Das seit vielen Jahren zu beobachtende Absinken der Lagerbestände wichtiger Agrarrohstoffe, die inzwischen auf einem historischen Tiefstand angekommen sind.

Vor allem die steigende Nachfrage nach Fleisch- und Milchprodukten sowie die davon abzuleitende vermehrte Futtermittelnachfrage in China und Indien können dabei als die langfristigen Fundamentalfaktoren und Preistreiber gesehen werden. Dass dieser Trend bereits seit einigen Jahren wirksam ist, zeigen auch die permanent sinkenden Lagerbestände. Somit ist also längerfristig mit einem Nachfrageüberhang zu rechnen. Dieser wird zweifellos verstärkt durch die starke Nachfrage nach landwirtschaftlichen Rohstoffen (Mais, Weizen, Zuckerrohr und Zuckerrüben, Ölsaaten) zur Produktion von Biokraftstoffen, Biostrom und Biowärme. Das International Food Policy Research Institute (IFPRI) erwartet bis 2020 einen zusätzlichen Preisanstieg für die genannten Produkte von 10% bis knapp 30 %, wenn die Bioenergie weiter wie bisher gefördert wird. Bei einem drastischen Ausbau geht das IFPRI sogar von zusätzlichen Preissteigerungen bis zu 70 % aus. Der Bioenergieboom beansprucht bereits derzeit ein Drittel der Maisanbaufläche der USA und riesige Flächen an Zuckerrohr in Brasilien. Auch wenn dies insgesamt nur knapp 2 % der Weltackerfläche ausmacht, ist der erhebliche Preiseinfluss nicht zu bestreiten. Schließlich bestimmen marginale Anbieter und Nachfrager den Preis und nicht der Durchschnittsakteur. Und Weltmärkte sind oft Residualmärkte, wo Exportangebot und Importnachfrage den Preis bestimmen und nicht die heimischen Angebots- und Nachfragemengen. So wird die Preisexplosion im Jahr 2007 zu einem Drittel der weltweiten Bioenergieförderung zugeschrieben.

Neben diesen eher mittel- bis langfristig wirksamen Fundamentalfaktoren waren in jüngster Zeit aber auch noch weitere Treiber für die extreme Preisentwicklung verantwortlich. Ausgeprägte Dürreperioden in Australien und Produktionsrückgänge in wichtigen Agrarexportländern haben zweifellos ihren Beitrag ebenso geleistet wie das neuerwachte Interesse der Kapitalanleger und Spekulanten an Agrarrohstoffen. Mehr als bisher scheinen somit die Agrarmärkte mit den internationalen Energie- und Kapitalmärkten verknüpft zu sein und deren Gesetzmäßigkeiten zu unterliegen. Der Beitrag der Spekulanten und Kapitalanleger zur

Preisexplosion wird dabei allerdings häufig überschätzt, auch wenn es politisch populär sein mag, von eigenen Versäumnissen abzulenken. Terminmärkte können sich nicht dauerhaft von den Fundamentalfaktoren entfernen und frisches Kapital ist allemal dringend notwendig zur Auflösung des Investitionsstaus in Land- und Ernährungswirtschaft zahlreicher Entwicklungsländer.

2 Mobilisierung der Angebotspotenziale zur Krisenbewältigung

Um die Nachfrage getriebene Knappheit nicht überschießen zu lassen, ist vor allem das weltweite Agrarangebot zu mobilisieren. Bei knapper werdenden Flächen muss insgesamt intensiver produziert werden. Dass dies nachhaltig geschehen sollte, ist eine Selbstverständlichkeit und kann nur mit modernen Betriebsmitteln und innovativer Technik geleistet werden. Hier sind vor allem die Hersteller von Pflanzenschutz- und Düngemitteln, von Landtechnik und Saatgut sowie von Futtermitteln gefordert, unterstützt von leistungsfähigem Handel und moderner Logistik. Wir brauchen eine neue grüne Revolution, die auch mit staatlicher Unterstützung der Agrarforschung vorangetrieben werden sollte. Die Umstellung der Weltlandwirtschaft auf den Ökolandbau – wie es kürzlich der selbsternannte Weltagrarrat gefordert hat – sowie der Verzicht auf eine „industrialisierte Landwirtschaft“ – gemeint ist die Arbeitsteilung von Landwirten und ihren Marktpartnern in der Nahrungskette – ist dagegen der falsche Weg. Bei weiterem Bevölkerungswachstum wäre damit nicht nur ein dramatisch zunehmender Flächenverbrauch inklusive Regenwaldflächen verbunden, sondern auch eine deutliche Zunahme von Hunger und Armut in der Welt.

Für die Mobilisierung der Angebotspotenziale sind die richtigen agrarpolitischen Weichenstellungen vorzunehmen. Dazu gehören zweifellos

z.B. in der EU-27:

- die Abschaffung von Agrarproduktionsquoten und Flächenstilllegungsmaßnahmen;
- der Verzicht auf die Extensivierungsförderung und der Rückbau von Ausgleichsflächen für den Naturschutz;
- die Überprüfung der massiven Bioenergieförderung, die zu Lasten der Nahrungsmittel- und Futtermittelproduktion sowie der stofflichen Verwertung nachwachsender Rohstoffe geht;
- eine Pflanzenschutz- und Gentechnikpolitik mit Augenmaß, die Sicherheit gewährleistet, aber nicht die Märkte zerstört;

bzw. in Entwicklungsländern:

- der Verzicht auf Exportsteuern und sonstige Export beschränkende Maßnahmen, wie sie derzeit in vielen Entwicklungs- und Transformationsländern zur heimischen Inflationsbekämpfung praktiziert werden sowie
- die Abschaffung von Importsubventionen und Industrieprotektion in Entwicklungsländern, die Korrektur ihrer überbewerteten Währungen sowie die Auflösung staatlicher Monopole bei der Vermarktung von Nahrungsgütern, was insgesamt Landwirtschaft und Landwirte der Dritten Welt diskriminiert.

Ein Abbau aller dieser angebotsseitigen Hemmfaktoren könnte mittel- bis langfristig die Knappheit an den internationalen Nahrungsmittelmärkten lindern helfen. Für die Ärmsten der Armen mag diese Therapie zu spät kommen. Armutsbekämpfung muss auch sofort erfolgen. Alle Register der Wirtschafts- und Entwicklungspolitik sind zu ziehen. Und nicht zu vergessen: Entwicklungsländer müssen über ihre eigenen Versäumnisse beim Kampf gegen Hunger und Armut nachdenken und Reformen mutig vorantreiben. Land- und Ernährungswirtschaft sind dabei Schlüsselsektoren. Erst wenn diese wirtschaftlich gesund und produktiv sind, kann die Nahrungsmittelkrise wirksam bekämpft und nachhaltige Entwicklung verwirklicht werden. Der Agrarpolitik in Industrie- und Entwicklungsländern, kommt deshalb eine besondere Bedeutung zu.

3 Der Beitrag der Agrarpolitik zur Ernährungssicherung

Über Jahrzehnte hinweg haben Industrieländer ihre Agrarmärkte mit Zöllen vor ausländischer Konkurrenz geschützt, mit heimischen Subventionen die Produktion angekurbelt und die Agrarüberschüsse mit Exporthilfen am Weltmarkt abgesetzt. Dies hat nachweislich zu einer Senkung der Weltagrarpreise beigetragen und zu stärkeren Schwankungen auf den internationalen Märkten. Vor allem exportierende Entwicklungsländer waren von diesen Preiseffekten negativ betroffen und ebenso ihre Landwirte, sofern die Binnenpreise den Weltmarktpreisen angepasst worden sind. Dagegen haben importierende Entwicklungsländer und Verbraucher zumindest von den preiswerteren Nahrungsrohstoffen tendenziell profitiert. Aber auch dort waren die Landwirte die Verlierer und es mussten sich die Marktteilnehmer mit höheren Preisrisiken auseinandersetzen. Und schließlich sind einige der Importländer erst durch die Preissenkungen am Weltmarkt zu Agrarimporteuren geworden, während sie vorher den Exportstatus inne hatten. Kurzum, die Agrarprotektion der reichen Länder hat die

Weltmärkte verzerrt und destabilisiert und die Eigenproduktion in den Entwicklungsländern geschwächt.

Erst mit Beginn der Uruguay-Runde hat ein Umdenken eingesetzt und sind zahlreiche Reformschritte in den Industrieländern eingeleitet worden. Die Verbesserung des Marktzugangs durch Zollabbau und Präferenzabkommen, die Rückführung der Exporterstattungen sowie die Verringerung der heimischen Subventionen waren und sind Schritte in die richtige Richtung. Gleichwohl kam der Protektionsabbau bis zur Preisexplosion im Jahre 2007 nur langsam voran. Die Agrarprotektion der OECD-Länder – gemessen als jährlicher monetärer Transfer von Konsumenten und Steuerzahlern an Landwirte als Prozentsatz ihres Produktionswertes – ist von 37% in den Jahren 1986-1988 auf nur 30% zwischen 2003-2005 abgesunken. Für die EU gab es einen Rückgang von 41% auf 34%, für die USA von 22% auf 16% und für Australien von 8% auf 5% (vgl. World Development Report 2008). Entscheidender für die Entzerrung der Weltmärkte waren aber zweifellos die Tarifizierung der nicht-tarifären Handelshemmnisse und die teilweise Entkopplung der Agrarsubventionen von der Produktion. Letzteres hat insbesondere die EU vorangetrieben, wo bereits knapp 40% des Protektionsmaßes entkoppelte Zahlungen sind. Während die Entkopplung Produktionsanreize mindert, führt die Tarifizierung als solche zu einer Stabilisierung der Weltmarktpreise, weil das weltweite Pufferungsvolumen zunimmt und Schocks besser abgefedert werden können.

Wenn die Industrieländer auf diesem Weg des allmählichen Protektionsabbaus, der Rückführung der Zolleskalation, der Tarifizierung nicht-tarifärer Handelshemmnisse und der Entkopplung der Direktzahlungen weiter voranschreiten und die Doha-Runde erfolgreich abschließen, wird das für die Landwirtschaft in Entwicklungsländern eindeutig von Vorteil sein. Nach Schätzungen der Weltbank steigen die Agrarrohstoffpreise in Folge einer vollen Handelsliberalisierung um durchschnittlich 5,5% und für verarbeitete Nahrungsmittel um 1,3%. Besonders starke Preisschübe sind für Baumwolle (+21%), Ölsaaten (+15%), Milchprodukte (+12%) und für Futtergetreide (+7%) zu erwarten. Auch für die Handelsanteile der Entwicklungsländer werden deutliche Zuwächse erwartet, vor allem bei Baumwolle, Ölsaaten, Weizen und Fleischprodukten. Während die Wohlfahrt der Entwicklungsländer in Folge dieser Liberalisierung insgesamt ansteigt, sind die Auswirkungen auf die Einkommenssituation der Ärmsten nicht eindeutig. Die Einzelergebnisse sind weder mit dem Handelsstatus des Landes, noch mit dem Terms-of-Trade-Effekt korreliert. So kann es in Folge von Liberalisierung mehr Armut in Agrarexportländern und weniger in Agrarimportländern geben. Der Nettoeffekt hängt davon ab, wo die Armut verbreitet ist (Stadt

oder Land), wie die Armen ihren Lebensunterhalt verdienen und was sie konsumieren. Ganz entscheidend und oft übersehen allerdings ist, wie die Regierungen in den Entwicklungsländern ihre eigenen Landwirte behandeln. Tatsache ist, dass viele Entwicklungsländer ihre Eigenproduktion mit hohen Exportsteuern und Importsubventionen, mit Industrieprotektion und überbewerteten Währungen sowie mit Hilfe staatlicher Vermarktungssysteme diskriminieren. Die Hunger- und Armutsbekämpfung hat deshalb zuallererst in den Entwicklungsländern selbst anzusetzen. Dort liegen die Hauptursachen für Unterernährung und Kaufkraftmangel.

Industrieländer können diesen Prozess durch eigene Anstrengungen begleiten und unterstützen. Die Zeit dafür ist günstig, weil die Weltmarktpreise in Folge eines vermeintlich dauerhaften Nachfrageüberhangs historisch auf einmalige Höhen gestiegen sind und trotz eines erwarteten leichten Abschmelzens auch zukünftig einem positiven Trend folgen werden. Sie sind damit auch beispielsweise über das Niveau der EU-Marktordnungspreise angestiegen, so dass derzeit keine Exporterstattungen mehr für Getreide- und Milchprodukte gezahlt werden. Lediglich für Rindfleisch und Zucker werden noch Exporterstattungen gewährt bzw. neuerdings für Schweinefleisch in Folge der desolaten Marktsituation in der EU. Auch die Importabschöpfungen sind zum Teil ausgesetzt, so dass bis auf wenige Ausnahmen von offenen, liberalisierten Märkten gesprochen werden kann. Allerdings ergibt sich derzeit ein ganz neues Problem. Mit dem Health Check der EU-Agrarpolitik werden zwar die nächsten Reformschritte für die EU-Agrarpolitik vorbereitet, doch die Agrar- und Umweltpolitik ist noch zu sehr auf die frühere Überschussituation zugeschnitten. Nach wie vor existierende Produktionsquoten, die breite Förderung von Extensivierungsmaßnahmen, die Überförderung der Bioenergie sowie die zögerliche Haltung bei der Entwicklung und dem Einsatz moderner Technologien und Betriebsmittel verhindern die schnelle Anpassung an dynamische Weltmärkte. Es gehen damit nicht nur Chancen für die heimischen Landwirte verloren, sondern die beschränkten EU-Potenziale heizen die Preisexplosion an den Weltmärkten ebenso an, wie die verschärften Preiskontrollen und Exportbeschränkungen in zahlreichen Entwicklungsländern. Eine nachhaltige Intensivierung der EU-Produktion könnte deshalb einen wichtigen Beitrag zur Preisstabilisierung am Weltmarkt leisten und so vor allem die Entwicklungsländer mit Importstatus bei ihrem Kampf gegen Hunger und Armut unterstützen.

4 Bioenergiepolitik mit Augenmaß

Trotz eines nach wie vor dominierenden Anteils fossiler Energieträger entwickeln sich auch die Märkte für Bioenergie weltweit ausgesprochen dynamisch. Seit Anfang der 80er Jahre hat sich die Weltproduktion von Bioethanol versiebenfacht. Die sehr viel geringere Biodieselproduktion begann erst Anfang der 90er Jahre, hat sich aber in den letzten acht Jahren auch schon verfünffacht. Während die Bioethanolproduktion zu fast 70 % von Brasilien und den USA dominiert wird, findet die Biodieselproduktion immer noch überwiegend in der EU statt. Der neuerliche Preisanstieg für Erdöl und die instabile politische Lage in vielen Erdölländern haben zudem viele Regierungen veranlasst, über alternative Energiekonzepte nachzudenken und dabei den Anteil Erneuerbarer Energien noch weiter auszubauen. So möchte der amerikanische Präsident die Abhängigkeit der USA vom Nahost-Öl bis 2025 um 75 % verringern und Energie vermehrt aus sauberer Kohle sowie aus nuklearen und erneuerbaren Quellen beziehen. Auch der Europäische Rat und die EU-Kommission haben ehrgeizige Pläne entwickelt, wonach bis 2020 20 % des Primärenergieverbrauchs und 10 % des Kraftstoffverbrauchs aus erneuerbaren Quellen stammen sollen. Neben diesen EU-Vorgaben sind zahlreiche Förderprogramme auf nationaler Ebene entwickelt bzw. weiterentwickelt worden. Auch für Deutschland sind mit dem Integrierten Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung ehrgeizige Ziele festgelegt worden, die über Beimischungsgebote, Steuererleichterungen, Investitionszuschüsse und höhere Einspeisungsvergütungen realisiert werden sollen. Energie-, umwelt-, agrar- und arbeitsmarktpolitische Gründe werden angeführt, um eine nationale Bioenergie- bzw. Biokraftstoffpolitik zu rechtfertigen, die den Anteil Erneuerbarer Energien deutlich anheben soll. Auch für die Bioenergiepolitik sollten jedoch bei aller Euphorie die Maßstäbe der Effizienz, der ordnungspolitischen Kompatibilität und der Subsidiarität angelegt werden. Das heißt im Einzelnen:

- 1) Die Förderung der Bioenergie muss mit Augenmaß betrieben werden. Eine Überförderung ist sowohl wegen innergemeinschaftlicher und internationaler Wettbewerbsverzerrungen als auch wegen der Diskriminierung anderer Lösungen des Energieproblems nicht zu verantworten. Eine zeitliche Befristung der Förderung wäre zudem empfehlenswert, um die Schaffung eines neuen Dauer-Subventionstatbestands zu verhindern.
- 2) In einem gemeinsamen Binnenmarkt sollten einheitliche EU-weite Förderregeln gelten, die Wettbewerbsverzerrungen vermeiden und auf das ordnungspolitisch ausgesprochen bedenkliche Instrument des Beimischungsgebots verzichten sollten. Im Übrigen wird

die Wahlfreiheit der Bürger in extremer Weise verletzt. Eine Konsum- und Verbrauchslenkung dieser Art sollte in unserem Wirtschaftssystem keinen Platz haben. Zudem bestehen hinsichtlich der Biokraftstoffquoten verfassungsrechtliche Bedenken, wie sie auch vom Bundesverfassungsgericht im Zusammenhang mit seinem Urteil zur Verfassungswidrigkeit des Kohlepfennigs formuliert worden sind. Danach traf Stromverbraucher keine besondere Finanzierungspflicht für die Sicherung des Steinkohleeinsatzes bei der Stromerzeugung.

- 3) Sofern die heimische Kraftstoffproduktion aus Biomasse gefördert werden sollte, ist zu bedenken, dass die EU im weltweiten Maßstab kaum wettbewerbsfähig ist. Die Produktionskosten für Bioethanol z.B. liegen hier mit durchschnittlich 55 ct/l weit über den Kosten von Brasilien (Ø 21 ct/l) und von den USA (Ø 33 ct/l) (HENKE, 2005). Hohe Dauersubventionen wären notwendig, um diesen Nachteil auszugleichen, selbst wenn man technische Fortschritte unterstellt.
- 4) Weiterhin ist es kaum vorstellbar, dass Biokraftstoffe bei den Welthandelsgesprächen nicht auch einem Zollabbau unterworfen werden, der den derzeit hohen Außenschutz von knapp 20 ct/l Bioethanol (entspricht einem Zollsatz von 41 %) infrage stellen würde. Biokraftstoffimporte werden deshalb für die EU eine wichtige Rolle spielen. Sollte die EU sich gleichwohl abschotten und die Erneuerbaren Energien massiv fördern, tritt die Biokraftstoffproduktion in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion. Statt der Biokraftstoffe würden dann vermehrt die Nahrungsmittel importiert. Man tauscht dann lediglich eine Abhängigkeit gegen eine andere. Ökonomisch erscheint das unsinnig, weil die EU mit Sicherheit komparative Vorteile in der Produktion qualitativ hochwertiger, variantenreicher Nahrungsmittel hat, aber komparative Nachteile bei der Produktion homogener Massenware an Bioenergie.
- 5) Darüber hinaus sind die Treibhausgasvermeidungskosten an Standorten außerhalb der EU sehr viel niedriger, so dass die klimapolitischen Ziele effizienter erreicht werden können, wenn Biokraftstoffe vornehmlich dort produziert werden.

Das alles ist kein Plädoyer gegen die Förderung Erneuerbarer Energien bzw. erneuerbarer Kraftstoffe. Die Endlichkeit fossiler Rohstoffe und die hohe Importabhängigkeit der EU bzw. Deutschlands gebieten es, über langfristig tragfähige Konzepte der Energiesicherung auch auf der Basis von Biomasse nachzudenken. Politiker sind gefordert, die richtigen Rahmenbedingungen dafür zu entwickeln und Forscher bzw. Unternehmer, die geeigneten technischen

Ansätze und Vermarktungslösungen zu finden. Wichtig dabei ist allerdings, dass die Förderung

- bislang bestehende Wettbewerbsnachteile der Bioenergie nicht überkompensieren darf;
- sich auf die Bioenergielinien mit den geringsten Treibhausgasvermeidungskosten bzw. dem größten Klimaschutzbeitrag konzentriert;
- nicht andere Lösungen (z.B. saubere Kohle, Atomenergie, Wasserstoffproduktion, Energieeinsparung, effizientere Nutzung etc.) verdrängen darf;
- nicht im nationalen Alleingang betrieben werden sollte, sondern im europäischen, wenn möglich sogar im internationalen Gleichklang;
- mit den ordnungspolitisch richtigen Instrumenten durchgesetzt (z.B. CO₂-Emissionszertifikate) und zeitlich befristet, sowie auf Forschung und Entwicklung und allenfalls auf befristete Markteinführung ausgerichtet werden sollte;
- nicht mit der Nahrungsmittel- und Futtermittelproduktion sowie mit der stofflichen Verwertung nachwachsender Rohstoffe in Konflikt geraten sollte, bei der die EU komparative Vorteile hat;
- WTO-konform sein sollte und sich nicht auf einen dauerhaft hohen Zollschatz für Biokraftstoffe verlassen sollte;
- die Welternährungssituation im Auge behalten sollte.

Werden diese Aspekte bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen berücksichtigt, wird der Anteil Erneuerbarer Energien aus Biomasse bei Einhaltung gesellschaftlicher Zielvorgaben eher über die Marktkräfte gesteuert werden als über bürokratische Detailregelungen. Das dürfte vor allem auch im ureigenen Interesse der Bioenergiebranche selbst liegen, ist doch das Politikrisiko bei steigender Regulierungsdichte unvermeidbar hoch, wie Erfahrungen in anderen Politikbereichen zeigen. Technologieführerschaft hängt dann nicht am staatlichen Fördertopf, sondern kann sich im Wettbewerb der Märkte bewähren und nachhaltig etablieren.

5 Wirtschafts- und ordnungspolitisches Fazit

Nach diesen Überlegungen kann eine kluge Agrar-, Handels-, Technologie- und Bioenergiepolitik einen wesentlichen Beitrag zur Bewältigung der internationalen Nahrungsmittelkrise leisten. Klug heißt in diesem Zusammenhang, sich aus der direkten Preis- und Mengensteuerung herauszuhalten, die Märkte zu öffnen und unternehmerische Spielräume zu erweitern, verlässliche und transparente Rahmenbedingungen/Spielregeln zu schaffen, eine ausreichende Versorgung mit öffentlichen Gütern sicher zu stellen und nicht-ökonomische Ziele, wie Umverteilung, Umweltschutz, Tierschutz etc., mit den dazu geeigneten Instrumenten anzusteuern. Die Realität sieht leider anders aus. Politiker in Ost, West und Süd greifen angesichts der Nahrungsmittelkrise zunehmend auf Preiskontrollen und

Mengenbeschränkungen zurück oder fordern die Durchsetzung fairer Preise. Ökonomisch betrachtet gibt es keine fairen Preise. Preise zeigen auf funktionierenden Märkten Knappheiten an und lösen notwendige Anpassungen von Angebot und Nachfrage aus, so wie ein Fieberthermometer die Körpertemperatur anzeigt und entsprechende Therapieschritte auslöst. Ein mit Fieber Erkrankter wird nicht dadurch gesund, dass man die Temperatur des Thermometers auf 36,6° fest schreibt. Wenn das mit einem bestimmten Preis erzielbare Einkommen als zu niedrig angesehen wird, ist ein Einkommenstransfer zu leisten, aber nicht der Knappheitsanzeiger außer Kraft zu setzen. Dieser ordnungspolitische Sündenfall führt bei breiter Anwendung direkt in die Planwirtschaft und würde die internationale Nahrungsmittelkrise noch verschärfen, weil verzerrte Preissignale gesetzt werden.